

Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 3 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alter-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Unsere Weihnachtsbotschaft

Auch wenn uns Sorgen drücken, Mangel und Not herrschen — und welche Arbeiterfamilie wäre je davon verschont geblieben? —, entzündet uns der lichterstrahlende Weihnachtsbaum, der uns ein Stückchen Natur in unsere Behausung bringt. Schon um unserer Kinder willen, denen er Symbol für das Leben und den Glauben an das Leben sein soll. Wem die alte Weihnachtsverheißung zur leeren Formel geworden ist, dem wird das Fest der Winter Sonnenwende die Gewißheit geben, daß die lebenspendende Sonne ihren tiefsten Stand überschritten, und uns langsam aber sicher wieder dem Frühling entgegenführen wird.

Wie die Natur, so erleben auch Menschen und Völker ihre Winter Sonnenwende. Die harten Kriegs- und Nachkriegsjahre, in denen Menschenirrtum und Menschenschwäche ganz besonders häßliche und verderbliche Früchte trugen, müssen eine Winter Sonnenwende im Werden und Wachsen der Völker gewesen sein. Immer noch sind die Lebensverhältnisse der europäischen Völker verworren und unsicher. Immer noch liegt Winterdunkel und Winterkälte über ihnen. Was ist allein in Deutschland an Wirrnis und Unmoral aus dem Kriege entsprungen? Das Volkvermögen ist teils zerstört, teils unter wohlwollender Duldung von „Gesetz und Recht“ ins Ausland verschoben oder auf andere Art dem Zugriff des Staates entzogen. Einer ~~traut nicht mehr~~ dem andern. Das kapitalistische System hat sich im letzten Jahrzehnt selbst übertrumpft. In der kommenden Zeit werden noch weilere merkwürdige Früchte reifen, von denen die Menschheit unterjocht, ausgezogen und niedergedrückt wird. Hat es wirklich dieses fürchterlichen Überlasses bedurft, um die Menschheit wachzurütteln und sie so nach und nach auf alle Fehler unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens aufmerksam zu machen? Wenn es Frühling auch im Leben der Menschheit werden soll,

dann müssen die Ketten kapitalistischer Gewalt und Ungerechtigkeit zerbrochen, aber auch die Unvernunft der sich selbst zerkleinernden Arbeiterschaft beseitigt werden.

Vieles von dem, was das kapitalistische System aufbaute, hat sich in den letzten Jahren als nicht mehr lebensfähig erwiesen. Im wirtschaftlichen Wald brechen unter der Gewalt der winterlichen Stürme, als die sich unsere Zeitentwicklung in den letzten fünfzehn Jahren darstellt, so viele Bäume zusammen, wie in keiner Entwicklungsperiode zuvor. Aber Sterben und Vergehen ist die Vorbedingung des Neuerstehens und Wiederaufstiegs. Um die Zeit der Winter Sonnenwende ringen Leben und Tod besonders hart miteinander um die Herrschaft. Stets ist das Leben Sieger geblieben. Zu Boden sinkt immer das, was nicht mehr den Anforderungen des kommenden Frühling und seiner Lebensgesetze gerecht werden kann oder gerecht werden will. In den Zeiten der Winter Sonnenwende springen die ersten Keime neuen Lebens. Gewiß ist auch darunter manch wildes Reis, das sich eine Existenz auf Kosten der gesunden Naturentwicklung widerrechtlich anzugewöhnen sucht. Das haben wir Arbeiter bis in die letzte Zeit erfahren müssen. Wir haben aber auch gesehen, daß diese den nachfolgenden Frühlingstürmen und reinigenden Gewalttätigkeiten nicht Stand zu halten vermögen.

Weihnachten ist das Fest des Vertrauens, des Vertrauens an den Sieg des Lichtes über das Dunkel, der Wärme über die Kälte, des Wachstums über die Winterstarre. Um die Winter Sonnenwende wollen wir von der sichtbaren Natur lernen, an die gleichgeartete Gesetzmäßigkeit der Vorgänge in der unsichtbaren Natur zu glauben. Dann wird uns dieses Fest mit neuer Kraft zu neuen Kämpfen für Licht, Wahrheit und Gerechtigkeit erfüllen. Aus dem vertrauensvollen Glauben an einen schöneren

Menschheitsfrühling entspringt nicht nur Weihnachtsfreude, sondern auch der rechte Kämpferwille. Leben ist Kämpfen und Ringen für Wahrheit und Recht, für Fortschritt und Entwicklung. Zu den Naturkräften, die Leben wecken, auf ebenso geheimnisvolle Weise wie die Sonne Leben weckt, gehört auch die menschliche Geistes- und Willenskraft. Hinter der Fortentwicklung aller gesellschaftlichen Einrichtungen zum Besseren, zum Guten und zum Schönen steht antreibend ein durch keine Gewalt zu unterdrückendes Naturdrängen im Menschen selbst.

Einer soll den andern wachrufen und anfeuern zum Kampf für die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Schwachen und Beknechteten, der unter dem Joch des Kapitalismus Not und Mangel Leidenden. Wer die Dinge, die das Leben gestalten, klarer erkennt als andere, muß aufklären, ermutigen und führen. Wege zu zeigen ist die Pflicht, die zu erfüllen Wissen und Können verlangt. Das kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftssystem hat den Satz geprägt: „Eigentum verpflichtet.“ Es hat niemals daran gedacht, dieser Pflicht gerecht zu werden. Was an gemeinnützigen und gemeinnütigen Einrichtungen vorhanden ist, wurde von wirtschaftlich Abhängigen unter Hintanhaltung des Wohlergehens für den einzelnen geschaffen. In der kommenden Wirtschaftsordnung werden Anlagen und Kräfte, Fähigkeiten und Geschicklichkeiten verpflichteten verpflichtet zum Kampf an führender Stelle. Wir werden diese Kräfte einsetzen gegen die Uebergriffe der kapitalistischen Macht und die Menschheit zu einer höheren Gesellschaftsform emporführen. Fassen wir zu diesem Zwecke alle Arbeiter in machtvollen Organisationen zusammen, dann erst bereiten wir die alte Weihnachtsbotschaft vor. „Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohligefallen.“

Das Unbewusste und die Wirtschaft.

Wie die kapitalistische Wirtschaftsordnung die Menschheit in Klassen zerrissen hat, so hat sie auch auf das Wesen des einzelnen Menschen zersetzend gewirkt. Der Kapitalismus ist einseitig auf den Intellekt eingestellt. Der Kampf um das Dasein zwingt zu rein intellektuellen Erwägungen, und da muß dieses andere im Menschen notwendig verkümmern, dieses andere, das uns als Gefühl, Instinkt, Intuition bekannt ist. Das Natürliche und Notwendige ist, wie Professor Honigmann in einer interessanten Arbeit der Deutschen medizinischen Wochenschrift ausführt, „die beiden Grundformen geistiger Betätigung zu vereinigen“, da sie „nebeneinander bestehen müssen, ohne in Zwiespalt zu geraten“.

Die Erfassung der Umwelt durch den Geist geschieht durch Verstand und Instinkt, und „beide gehen“, so schreibt Professor Honigmann, „auf dieselbe Aufgabe zurück, Mittel zur Beherrschung und Nutzbarmachung der den Menschen umgebenden Welt zu finden“.

In Urzeiten trat diese Unterscheidung zwischen Verstand und Gefühl noch nicht so deutlich in die Erscheinung. Und wann und wie entstand diese Unterscheidung? Der Intellekt richtet sich vor allem an die Gegenstände der leblosen, jedenfalls außerhalb des Individuums bestehenden Welt. Seine erste Leistung ist die Erfindung von Werkzeugen, um sich der Natur zu bemächtigen. Und je mehr diese Werkzeuge und ihre Herstellung im Laufe der Zeit Selbstzweck und Mittel der Befriedigung des Eigenes wurden, um so mehr wurde der Intellekt vom Menschlichen, und damit von der andern Seite dieses vollen Menschlichen, vom Gefühl getrennt. Und so kommt es, daß diese Wirtschaftsordnung, die so ganz auf die Produktion und den Vertrieb der Ware eingestellt ist, für die Bedürfnisse und Notwendigkeiten des Instinkts, des Gefühls, der Seele kein Verständnis hat, so daß diese Werte in dieser kapitalistischen Werkzeugwirtschaft verkümmern.

Dabei ist die Pflege des Gefühls von wesentlicher Bedeutung für die Erhaltung und Entwicklung der Gesellschaft. „Die instinktive Leistung“, so schreibt Professor Honigmann, „dreht sich immer um eine Betätigung, die aufs engste mit dem Leben selbst und seinen innersten Bedürfnissen zusammenhängt, der Erhaltung der Art, der Pflege sozialer Bindungen usw., den leblosen Gegenständen gegenüber aber eher stumm bleibt.“

Über durch diese auf den Intellekt nur eingestellte kapitalistische Wirtschaft verkümmert dieses Gefühlleben des Menschen. „Der Instinkt bleibt immer mehr zurück, und doch geschehen „die elementarsten und bedeutungsvollsten Betätigungen der menschlichen Persönlichkeit unbewußt und bewußt“ ohne die Herrschaft des Intellekts. Und so auch die Gemeinschaftsbildungen, auf die Professor Honigmann hinweist. Ohne die ausgesprochene Pflege des Instinkts, des Gefühls, der Intuition ist ein Kulturleben in Gemeinschaft gar nicht möglich.

Darum ist eine Wirtschaftsordnung, die die Ware, das Werkzeug, das Produkt nicht einseitig intellektualistisch und selbstsüchtig berechnend erfährt, von grundsätzlicher Bedeutung für die Möglichkeit eines neuen menschlichen gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Das Werkzeug hat vor Zeiten den Intellekt vom Gefühl getrennt, um den Intellekt eigene Wege schreiten zu lassen; das Werkzeug in neuer Art, die Wirtschaft, auf Gemeinschaft und Menschlichkeit errichtet, wird Intellekt und Gefühl wieder binden zur neuen Harmonie der geschlossenen Persönlichkeit.

Darum ist die Pflege des Ethischen im Menschen ein Stück Rettung des Menschen vor dem Untergang und ein Stück Arbeit am neuen Kulturleben kommender Gemeinschaft, und es ist interessant zu sehen, wie man diese Bedeutung des Ethischen sogar in der medizinischen Wissenschaft erkennt. So hat die Landesversicherungsanstalt Sachsen kürzlich bei München eine Heilstätte für Seelenbehandlung geschaffen, die durch seelische, ethische, künstlerische Erlebnisse den an der Zeit leidenden Menschen das Gleichgewicht wiedergeben will.

Durch das analytische Verfahren, von dem wir ja schon oft hörten, wird nach den Worten von Dr. Unger, dem Leiter der Anstalt, nur der Teil seelischer Wirren beeinflusst, der rational, durch verstandesmäßiges Klären gebessert werden kann. Diese Anstalt soll aber den Verstand dienen, „die den Instinkten, dem reinen Gefühl und dem unmittelbaren Erleben und deren Konflikten mit dem Verstande entflammen und deshalb außerhalb der rationalen, verstandesmäßigen Methode anzufassen sind“. Und das soll nun unter anderm durch starke seelische Erlebnisse geschehen.

Auch das zersetzende Streben, wie es sich da von links auf die Gewerkschaftsbewegung bemerkbar zu machen sucht, hat oft ihre Ursache darin, daß Menschen ihr seelisches Gleichgewicht verloren. Diese das Gefühl nicht befriedigende

Zeit schafft oft als Extrem den Stöckopf, dem die Entwicklung nicht schnell genug geht, und die mangelnde Pflege des Gefühls schafft den unklaren Menschen, der nicht nur mit der großen Bewegung, sondern auch mit sich selber unzufrieden ist.

Hier gilt es, immer wieder auch den ethischen Sinn der Bewegung zu pflegen und ihren großen Gedanken auch wurzeln zu lassen im Suchen des Instinkts, des Gefühls. Auch das ist eine antikapitalistische Tat im Sinne der neuen Kultur des geschlossenen Menschen.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Die Erwerbslosigkeit beginnt im allgemeinen, in unserm Maler- und Lackierergewerbe im bedrohlichen Formen anzunehmen. In 165 Filialen mit 58 243, davon 222 weiblichen Mitgliedern, die ihre Berichtskarte für November rechtzeitig eingesandt haben, wurden am Beginn des Monats 16 828 männliche und 18 weibliche, zusammen 16 846 oder 28,9 % der erfaßten Mitglieder als arbeitslos ermittelt. Damit ist nicht nur der Stand des Vormonats um 11,3 auf das Hundert unserer Mitglieder überschritten, sondern wieder einmal eine Rekordziffer erreicht, die zu dieser Jahreszeit, mit Ausnahme des Katastrophenjahres 1923, für unsern Beruf noch nie zuvor festgestellt worden war. Trotzdem dürfte gegenwärtig die Zahl der noch in Beschäftigung stehenden Berufskollegen größer sein als in der zurückliegenden Zeit, und sie ist es bestimmt, wenn man alle noch im Lehrverhältnis stehenden Arbeitskräfte mit hinzuzählt.

Für das Baumalergewerbe ist das Nachlassen der Arbeitsaufträge mit Eintritt des Spätherbstes eine gewohnte Erscheinung. Sie wirkt sich in der Nachkriegszeit durch den Ausfall der Renovierungsarbeiten infolge der Wohnungsnot noch schärfer aus. In diesem Jahre ist die seit Mitte des Sommers eingetretene Flaute auf dem Baumarkt eine der Ursachen mit für die große Arbeitslosigkeit. Es kommt hinzu, daß die Rationalisierung auch im Malergewerbe Fortschritte macht. In größeren Betrieben und bei großen Objekten ist die Verwendung von Sprühapparaten keine Seltenheit mehr, und unsere Kollegen drücken wegen der Gesundheitsgefahren angesichts der Anblasungen auf den beruflichen Arbeitsnachweiser leider nur allzu oft die Augen zu. Andererseits hat die sogenannte „strenge Sach-

Der moderne Maler

hängt nicht am alten. Er liest unser FACHBLATT DER MALER

lichkeit" viele Arbeitsvorgänge außerordentlich vereinfacht und die Arbeitsintensität ist für den einzelnen in kaum mehr zu überbietendem Maße gesteigert worden. Hierin und in den übertrieben hohen Lehrlingszahlen dürften die Hauptursachen der katastrophalen Zunahme der Arbeitslosigkeit in unserm Berufsstand zu suchen sein. Das Drängen nach Leistungsstarke, wie es in vielen Lohngebieten zu beobachten ist, spricht eine deutliche Sprache. Welche Entwicklung die berufliche Erwerbslosigkeit seit Anfang 1928 genommen hat, zeigt nachstehende Tabelle:

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schluß des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schluß der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am Schluß der letzten Monatswoche	
	1928	1929	1928	1929	1928	1929	1928	1929
Januar	162	161	47 228	53 291	14 776	22 270	31,3	41,8
Februar	167	170	48 062	54 552	12 957	26 412	26,9	48,4
März	151	148	46 560	51 716	6 693	15 938	14,4	30,8
April	157	154	48 503	53 380	3 502	8 001	7,2	14,9
Mai	156	177	49 706	58 047	2 189	4 995	4,4	8,6
Juni	151	157	48 453	50 523	2 355	5 540	4,9	11,0
Juli	134	159	45 744	57 730	2 832	6 103	6,2	10,6
August	157	152	53 800	55 255	3 698	7 188	6,9	13,0
Sept.	151	154	52 388	57 078	3 448	7 561	6,6	13,2
Oktober	160	162	53 673	53 103	6 297	9 342	11,7	17,6
Nov.	164	165	55 086	58 243	11 451	16 846	20,8	28,9
Dezember	167		55 630		19 217		34,6	

Eine Würdigung der Ergebnisse aus den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken können wir uns ersparen. Der Hinweis möge genügen, daß Niedersachsen und Brandenburg mit 21,5 % beziehungsweise 21,7 % am günstigsten, Ostpreußen mit 43,1 % und Pommern mit 44,2 % am schlechtesten abschnitten. Alle übrigen gruppieren sich in geringem Abstand um den Reichsdurchschnitt.

Unsere Mahnung an die Filialen im letzten Bericht, auch die tariflich festgesetzte Winterarbeitszeit als Kurzarbeit zu melden, hat noch zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Es ist uns zwar bekannt, daß in einer ganzen Anzahl von Lohngebieten die Achtundvierzigstundenswoche durch Ausfall oder Verkürzung der Pausen so lange wie irgendmöglich beizubehalten versucht wird, aber zweifellos ist deren Zahl nicht so groß, wie das Ergebnis vermuten lassen könnte. Es wurden nämlich nur 7865 männliche und 25 weibliche, zusammen 7890 Kurzarbeiter gemeldet, eine Zahl, die den tatsächlichen Verhältnissen bei weitem nicht entspricht wird. Denn auch in der Industrie haben sich die Arbeitsverhältnisse wesentlich ungünstiger entwickelt und mindestens 633, darunter auch die 25 weiblichen Kurzarbeiter, sind in Industriebetrieben beschäftigt. Nach den vorliegenden Angaben war die Arbeitszeit verkürzt für 6769 Beschäftigte bis zu 8 Stunden, für 488 Beschäftigte um 9 bis 16 Stunden, für 627 Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden und für 6 Beschäftigte um mehr als 24 Stunden die Woche.

Im allgemeinen kann auch der Industrie für die nächsten Monate keine günstige Prognose gestellt werden. Dazu bieten weder die wirtschaftlichen noch die politischen Verhältnisse Anlaß. Es knistert ganz bedenklich im Gebälk unserer Wirtschaft, und es hätte wahrlich nicht des niederdrückenden Memorandums des Reichsbankpräsidenten Schacht bedurft, um den Kredit unseres durch einen verlorenen Krieg und eine Inflation heruntergedrückten Vaterlandes zu unterbinden. Gerade das Unternehmertum hat am allerwenigsten Ursache zur Klage. Die Produktion war 1929 in jedem Monat — mit Ausnahme des Februar — höher als im Jahresdurchschnitt 1928 und war nur in drei Monaten niedriger als in dem für die Arbeitgeber so

ungewöhnlich günstigen Konjunkturjahr 1927. Und die Erträge waren bestimmt so hoch, daß sie zu einer Uebersteigerung in der Anschaffung neuer Produktionsmittel und Produktionsanlagen geführt haben. Die Arbeiterschaft hat aber an den Gewinnen keinen Anteil gehabt.

„Verbindlich“ und Allgemeinverbindlich“

Dem Mangel an einem Tarifrecht war es zuzuschreiben, daß vor dem Kriege in Deutschland oft monatelange und mit aller Erbitterung durchgeführte Lohn- und Tarifkämpfe wohl eine momentane Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen brachten, die Ertrügnissen aber nicht durch einen Tarifvertrag gesichert werden konnten. Die Groß- und vor allem die Schwerindustrie lehnte es grundsätzlich ab, die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft anzuerkennen oder gar bindende Abmachungen mit ihnen zu vereinbaren. Eine rückständige Gesetzgebung stärkte sie noch in ihrem arbeitgeberfeindlichen Gebaren. So konnten nur gutorganisierte Handwerksberufe, ausnahmsweise betriebswichtige Berufsgruppen auch in der Industrie, zu tariflicher Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse kommen. In der Industrie wurden gütigenfalls Verbesserungen der Arbeitsordnung durchgeführt, die kaum länger Bestand hatten, als bis Konjunkturschwankungen eintraten, und unter dem Druck der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse vom Unternehmer dann eigenmächtig wieder beseitigt wurden.

Die Revolution brachte dann nicht nur die Anerkennung der Gewerkschaften, sondern mit der Tarifvertragsordnung vom 23. Dezember 1918 auch das Tarifrecht. Nach der neueren Fassung (vom 1. März 1928) kommt ein Tarifvertrag zustande:

1. Durch freiwilligen Abschluß eines freiwilligen Vertrages zwischen Vereinigungen von Arbeitnehmern und einzelnen Arbeitgebern oder Vereinigungen von Arbeitgebern, der die Regelung der Arbeitsbedingungen zum Inhalt hat. (§ 1 T.V.O.)

2. Durch Annahme eines Vergleichsvorschlages oder Schiedsspruches, der vom Schlichtungsausschuß, der Schlichterkammer oder einer vereinbarten Schiedsstelle ergangen ist. (§ 5 Schl.V.O.)

Wird ein Schiedsspruch nicht von beiden Parteien angenommen, so kann er vom Schlichter oder Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt werden. Die Verbindlichkeitsklärung erfolgt die Annahme des Schiedsspruches. (§ 8 Schl.V.O.)

Ein solcher, durch freie schriftliche Vereinbarung, beiderseitige Annahme eines Vergleichsvorschlages oder Schiedsspruches oder einer Verbindlichkeitsklärung durch den Schlichter oder den Reichsarbeitsminister zustande gekommener Tarifvertrag ist für die Beteiligten verbindlich. Beteiligte Personen sind die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, soweit sie Mitglieder der vertragschließenden Parteien sind. Nach § 1 Absatz 2 der Tarifvertragsordnung hat der ordnungsgemäß abgeschlossene Tarifvertrag nur Geltung:

1. für die Mitglieder des Arbeitnehmerverbandes, die bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes beschäftigt sind, und 2. für alle diejenigen, die, ohne bei den beteiligten Verbänden organisiert zu sein, sich beim Abschluß des Arbeitsvertrages auf den Tarifvertrag berufen.

Der Reichsarbeitsminister kann Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises im Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangt haben, für „allgemeinverbindlich“ erklären. Sie sind dann innerhalb ihres räumlichen Geltungsbereiches für die Arbeitsverträge, die nach Art der Tätigkeit unter den Arbeitgeber oder Arbeitnehmer oder beide — und selbst Sonderorganisationen derselben — an dem Tarifvertrag nicht beteiligt sind. (§ 2 Absatz 2 T.V.O.)

Die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit erfolgt auf Antrag. (§ 3 T.V.O.) Sie bedeutet, daß der Tarifvertrag nunmehr auf alle Berufsangehörigen, Organisierte und Unorganisierte, ausgedehnt wird. Ein Tarif kann aber nur Allgemeinverbindlichkeit erlangen, wenn er ordnungsgemäß zustande gekommen ist; ihm muß ein verbindlicher Tarif zugrunde liegen. Verbindlich ist aber jeder Tarif. Man muß deshalb zwischen einem „allgemeinverbindlichen“ und „nicht allgemeinverbindlichen“ Tarifvertrag unterscheiden. Der erstere gilt für sämtliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die zu dem betreffenden Beruf oder Gewerbe innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches gehören, der letztere nur für die Mitglieder der vertragschließenden Parteien. Ob der Vertrag durch freie Vereinbarung, einen Schiedsspruch der Schlichtungsinstanzen oder im Falle der Ablehnung des einen oder anderen Teiles durch Verbindlichkeitsklärung zustande gekommen ist, bleibt für die Wirkung gleichgültig, er hat rechtlich in jedem Falle dieselbe Bedeutung.

Verbindlich erklären heißt also: Der Schlichter oder in größerem Ausmaße das Reichsarbeitsministerium gibt einem von einer oder beiden Parteien abgelehnten Schiedsspruch Rechtskraft.

Allgemeinverbindlich erklären heißt: Der Reichsarbeitsminister hat einem Tarifvertrag, der nur für die Mitglieder der daran beteiligten Verbände abgeschlossen war, auch für Arbeitgeber und Arbeitnehmer Geltung verschafft, die den Organisationen nicht angehören. Er hat den Tarifvertrag auch auf die Unorganisierten ausgedehnt.

Daß diese Regelung Unstimmigkeiten auslösen und den unterlegenen Teil oder auch beide unbedrückt lassen kann, ist verständlich. Ein Beispiel bietet die staatliche Schlichtung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie im Herbst 1928. Sie ist befehlsgemäß ein Fortschritt. Dem Abschluß von Tarifverträgen ist gesetzliche Sanktion, den wirtschaftlichen Organisationen das Mandat zur Regelung der Lohn und Arbeitsbedingungen erteilt. Es wird nach wie vor von der Macht und Stärke der Gewerkschaften abhängen, den Inhalt der Tarifverträge mit sozialem Bewußtsein auszugestalten, und selbst der Reichsarbeitsminister — mag er auch einmal aus dem gegnerischen Lager kommen — wird nicht achtlos an einer guten Organisation vorbeigehen können. Vorbedingung günstiger Tarifbestimmungen ist also organisatorische Zusammenfassung aller Berufsangehörigen. J. Karla.

Eingefandt

Arbeitsamt oder Strafanstalt?

Das Arbeitsamt für die Stadt München hat an Arbeitslose, Arisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger eine Stempelkarte herausgegeben, die auf der Rückseite nachstehenden Aufruf erhält:

„Inhaber dieser Karte hat sich an jedem Tag, an dem 4 Uhr früh ein Schneefall zu verzeichnen ist, so daß eine Reinigung nötig ist, am Einstellplatz pünktlich um 5 Uhr morgens zur Aufnahme der Schneeräumerarbeiten einzufinden. Trifft der Schneefall erst später im Laufe des Morgens oder Vormittags ein, so hat sich der Zugewiesene unverzüglich auf den Einstellplatz zu begeben. Nach 13.30 Uhr ist eine Meldung nicht mehr veranlaßt, da Einstellungen von dieser Stunde an nicht mehr stattfinden.“

Wer sich nicht rechtzeitig einfindet oder die Aufnahme der Arbeit verweigert, oder sich sonst arbeitsunwillig erweist, hat die Sperre der Wohlfahrtsunterstützung auf vier Wochen beziehungsweise die im Arbeitslosenversicherungsgesetz vorgesehenen Folgen für die Arbeitsverweigerung zu gewärtigen.

Eine Martin-Anderjen-Negö-Volksausgabe

bringt die Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, für ihre Mitglieder heraus. Die Werke des jetzt sechzigjährigen Negö waren bisher bei etlichen Verlegern untergebracht und ergaben ein in Druck und Ausstattung recht unterschiedliches Nebeneinander. Hinzu kam noch, daß der Preis der Bücher oft die Grenzen überschritt, die denjenigen gezogen sind, für die Martin Anderjen-Negö eigentlich geschrieben hat. Es ist also nur zu begrüßen, daß die Büchergilde, deren Monatsbeitrag von einer Mark auch dem wirtschaftlich Schwachen den Weg zu wirklicher Buchkultur öffnet, die bedeutendsten Werke Negös als Volksausgabe — vorbildlich gedruckt und trotzdem billig — dem schaffenden Volke zuführt.

Unter den von der „Literarischen Welt“ kürzlich aufgezählten „Büchern, die lebendig geliebt sind“, hob Max Hermann-Negö den vorliegenden Roman „Pelle der Eroberer“ von Negö mit folgenden Worten hervor: „Das Meisterwerk einer Vertrauen erweckend einfachen, zuverläßigen, erlebten Proletariatsdichtung, ohne Parteiprogramm und Phrasenpredigt, wirksam durch die Wucht feiner handgegriffener Tatsachenbilder.“ Mit diesem Erobererroman beginnt die Volksausgabe der Büchergilde.

Der Roman „Pelle der Eroberer“ (erschienen im Ingal-Verlag, Volksausgabe nur für die Mitglieder der Büchergilde Gutenberg) kommt als dicker Band heraus, und zwar zum Preise von 6 Mark. Das Werk, das nicht um ein Wort gekürzt wurde, ist sehr preiswert zu nennen, zumal die Mitglieder der Büchergilde die Möglichkeit haben, die Bestellung auf das vierte Quartal 1929 und auf das erste Quartal 1930 zu verteilen.

Der Roman erzählt das Schicksal einer ganzen Klasse. Pelle kommt als kleiner Junge mit seinem Vater Lasse auf

einem Dampfer voll Menschenware, schwedischen Saisonarbeitern, nach der Insel Bornholm. Beide finden Arbeit auf dem Herrenhof „Steinhol“, über dem eine böse Luft liegt — „wie über alle großen Anhäufungen von dem, was den Vielen gehören sollte.“ Als Hütejunge erlebt Pelle viel Schönes. Er nimmt teil an den Freuden der kleinen Leute, die so wenig Forderungen an das Leben stellen, aber er hat auch etwas von dem Frondienst zu tragen, wie er auf den großen Herrenhöfen kaum auszuhalten ist. Der kleine Pelle hat ein großes Herz, deshalb kann er nicht auf dem Gut bleiben. Er geht „in die Stadt“, zu einem Schuster in die Lehre. Die Kleinbürger sind gutmütige Ausbeuter, aber Ausbeuter sind sie eben doch. Nach fünf Jahren Lehrzeit wird Pelle ein Arbeiter, zieht in die große Stadt, wohnt im Schattenviertel der Armen, gerät in Streiks und Unruhen und begreift die Notwendigkeit der Organisation. Seine Rebellennatur begrüßt die immer heftiger werdenden Kämpfe mit den Unternehmern, Niederlagen entmutigen ihn nicht. Die Liebe tritt in sein Leben, er heiratet, bewohnt mit seiner Frau eine Zweizimmerwohnung, läßt sich von der Geliebten und dem Kind eine Weile ganz in Anspruch nehmen, steigt aber bald wieder in das hochgehende Kampfgetümmel, nunmehr ein Mann, ein organisatorisches Talent, ein Arbeiterführer. Eines Tages holen die Unternehmern zum großen Schlag aus. Es geht hart auf hart. Pelles persönliche Tapferkeit und sein zäher Trotz, der sich nicht brechen läßt, als sein Familienglück zerstört wird, helfen den Sieg erringen. Aber Pelle muß erst noch mehr Opfer bringen: seine politischen Gegner bringen ihn ins Gefängnis. Seine Rückkehr in die Freiheit ist kein Triumphzug. Das Leben droht über ihn hinwegzugehen. Aber er nimmt den Kampf auf und führt seine Klassenbrüder zum genossenschaftlichen Zusammenschluß, zur Eigenproduktion und damit auf die breite und gerade Straße des endlichen Triumphs.

Es ist nicht nur dieser Gang der Erzählung, der uns das Buch wertvoll macht. Der Reichtum des Romans ist begründet in einer unerschöpflichen Herzensgüte, die alle Gestalten und Ereignisse wie von innen heraus erwärmt. Zahllose Personen treten auf, jede ist mit einem gerechten Maß von Licht und Schatten gezeichnet, und sie ergeben in ihrer Gesamtheit ein ganzes Volk, eine ganze Zeit.

Der Roman endet mit einem Gespräch zwischen Pelle und seinem Freund, dem Dichter, der aus dem Leben Pelles einen Roman formen will. Pelle antwortet ihm: „Ich glaube nicht, daß du die Arbeiter bewegen kannst, es als richtiges Buch aufzufassen, dazu ist das Ganze zu bekannt und zu gewöhnlich.“ Aber der Dichter antwortet ihm: „Sie sollen danach greifen — und vor Freude und Stolz weinen, weil sie sich darin wiederfinden.“

Und die Arbeiter greifen danach, nach ihrem „Pelle“, der neuerstanden zu ihnen kommt in dieser seit langem erwarteten Volksausgabe!

Der „Wahre Jacob“ bringt in seiner Nummer 23 unter dem Stichwort „Politik“ folgendes Erlauchtes über den „großen“ Adolf Hitler, nach zuverlässigen Quellen ehemals Anstreichergehilfe, heute Wufenfreund Eugenbergs und anderer von der Bühne des Lebens abtreibender Größen: „Unlängst hatte ich Gelegenheit, drei wackere Münchener Bürger zu belauschen, die mit oktoberfestlich geräuschten Nasen vor ihrem Pichorr saßen. „Hörst, Loisl“, sagte der eine, „da Hilla, der hat neulim in Hofbräu zehn Maß g'suffa wie nix!“ „Zehn Maß? Dös Schneidaq stell? Mit solchane G'schichten kannst wem andern foppen!“ „Wann i d'r fog, i hanz selber g'lehgen, zehn Maß hat er g'suffa, da Hilla!“ In diesem Moment mischte sich die sonore Stimme des dritten Spezis in das Gespräch: „Jehat hörts amal auf mit Enker ewig'n Politiki!“

Kennst Du es schon?

unser
FACHBLATT DER MALER
Frage Deine Filialverwaltung! Sie gibt Dir jede Auskunft!

Den Nachweis der rechtzeitigen Meldung kann der Inhaber dieser Karte nur dadurch erbringen, daß das einschlägige Datum der Karte mit einem Figurenloch — wenn er Arbeit erhalten konnte — mit einem Dreieckloch — wenn er keine Arbeit erhalten konnte, gezeichnet ist.

Für Leute, die keine Arbeit erhalten konnten, wird das Dreieckloch nur im unmittelbaren Anschluß an die Einstellung bis spätestens 8 Uhr morgens gegeben.

Fehlt diese Lochung, so treten die vorerwähnten Folgen ein.

Fälschung der Lochungen wird strafrechtlich als Urkundenfälschung verfolgt, ebenso Verletzungen der Karte, die die Lochungen unkenntlich machen.

Die Karte ist am letzten des Monats beim Arbeitsamt umzutauschen. Wenn Inhaber dieser Karte an diesem Tage arbeitet, kann er den Umtausch von einer dritten Person besorgen lassen.

Wohlfahrtsamt München und Arbeitsamt München.

Der Erwerbslose muß also — ohne Rücksicht darauf, ob er körperlich oder gesundheitlich dazu fähig ist, ob er nach so langer Arbeitslosigkeit die nötige Kleidung, Schuhwerk und dergleichen besitzt — jeden Morgen vier Uhr Ausschau halten, ob Schneefall eingetreten ist, um sich dann schleunigst auf den Weg nach der vorgeschriebenen Sammelstelle zu begeben. Eine Gewähr, daß er auch wirklich angenommen wird, hat er auf keinen Fall. Erscheint er nicht, wird ihm die Unterstützung entzogen.

Es ist eine feine Sache, die man da in der Ordnungszelle Bayern ausgeklügelt hat. Nirgends im Gesetz findet sich eine Stelle, die auch nur einen Anhalt dafür bietet, daß den Erwerbslosen täglich oder gar während der Nacht eine mehrstündige Arbeitsbereitschaft auferlegt werden könnte. Der Oris auschuß des AOB. hat der Direktion des Arbeitsamtes in nicht mißzuverstehender Weise seine Meinung mitgeteilt. Für die Ausgesteuerten ist aber das Wohlfahrtsamt zuständig. Da auch in andern Orten ähnlich rigorose Erlasse gegen die Opfer kapitalistischer Unvernunft herausgegeben sind, müssen die am 8. Dezember in Bayern stattfindenden Gemeindevahlen reiflos mit dem bürgerlichen Ordnungsklügel aufräumen. P. Smura.

Leider ist der vorstehende Bericht zu spät eingegangen, um noch vor der Wahl veröffentlicht zu werden. Er möge dessen ungeachtet allen Kollegen zur Information dienen, die sich noch nicht in die geschlossene Front der Arbeiterbewegung eingereiht haben, oder die sich immer noch etwas auf ihre besondere Einstellung zugute halten und vor lauter Wortradikalismus nicht einsehen, wohin die Reise der mehr oder weniger offensichtlich betriebenen Spaltung der Arbeiterschaft geht. Vereint wären wir eine Macht, der bürgerlicher Bürokratismus derartiges nicht zu bieten wagte. Dr. Schriftleitung.

Berufsunfälle

Homburg. Am 27. November stürzte der unorganisierte Malergehilfe Max Witt von einer Leiter. Er wurde wegen innerer Verletzungen in ein Krankenhaus geschafft.

Königsberg i. Pr. Am 26. November stürzte unser Kollege Raabe von einer Leiter und zog sich außer einem Beinbruch noch schwere innere Verletzungen zu. Möchten unsere Kollegen bei derartigen Arbeiten doch größere Vorsicht walten lassen. Wenn ein Unglück passiert ist, haben die Angehörigen in der Regel noch allerhand Scherereien, um zu ihren begründeten Ansprüchen zu kommen. Außerdem sollte nicht übersehen werden, daß immer die Gefahr besteht, für dauernd zum Krüppel zu werden.

Baugewerbliches

Die Demog erhöht ihr Kapital.

Die Demog, die erfolgreich arbeitende gewerkschaftliche Wohnungsgesellschaft, hat ihr Aktienkapital von 1 auf 3 Millionen Mark erhöht. Diese neuen Mittel werden mit dazu beitragen, daß dieses Institut seine erfolgreiche Tätigkeit noch erweitern kann. Von der Demog beziehungsweise den ihr nahestehenden Gesellschaften wurden in den Jahren 1924/1926 3500 Wohnungen errichtet, 1927 bereits 4000, 1928 7750 und im laufenden Jahre sollen es etwa 7000 werden. Die Hälfte der Wohnungen sind Betreuungsbauten, die andere Hälfte Eigenbauten von der Demog angeschlossenen Organisationen. Insgesamt haben die errichteten Wohnungen einen Wert von 110 Millionen Mark. Das sind Erfolge, die sich sehen lassen können.

Gewerkschaftliches

Einheitliche Uebertrittsbedingungen in allen dem AOB. angeschlossenen Verbänden.

Die Nachkriegszeit hat unsere Wirtschaft auf eine vollständig neue Grundlage gestellt. Rationalisierung und Umgestaltung der Technik haben auf dem deutschen Arbeitsmarkt große Veränderungen hervorgerufen. Auch die Ungunst der Wirtschaftsverhältnisse trägt dazu bei, daß in der Arbeiterschaft der verschiedenen Industrien und auch im Handwerk eine erhebliche Fluktuation stattfindet, die sich dann in der Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Berufs- oder Industrieverbände widerspiegelt. Die bisherigen Uebertrittsbedingungen konnten dem gesteigerten Organisationswechsel nicht mehr genügen, um so weniger, als im Laufe der Jahre recht verschiedenartig ausgebaut worden waren. Es sei in diesem Zusammenhang nur daran erinnert, daß zur Zeit 25 Verbände mit 3903 449 Mit-

Bleibt dem Volksentscheid fern!

Unter der Führung Jugenbergs, des vielfachen Millionärs und verhinderten Diktators, bei aktiver Mitarbeit des Stahlhelms, der Hakenkreuzler und der schwärzesten Reaktion, hat das Volksbegehren 0,08 Prozent über die erforderliche Mindestzahl von Eintragungen gebracht. Zur Erreichung dieser Zahl wurden alle Mittel des Terrors gegen wirtschaftlich Abhängige in rigorosster Weise zur Anwendung gebracht.

Der Reichstag nahm kurz nach der Eröffnung der gegenwärtigen Session zu dem Gesetzentwurf mit dem berühmten Paragraphen 4 Stellung. Jugenberg, der Macher des Ganzen, brachte nicht einmal den Mut auf, seinen Entwurf zu begründen, geschweige denn ihn gegen die Angriffe der Regierung und der Parteien zu verteidigen. Die Auseinandersetzungen endeten mit glatter Ablehnung im Parlament und dem Hinzuwurf der wenigen Vertreter nationaler Arbeitervereine aus der Deutschnationalen Partei. Wenn es noch eines Beweises für die arbeitgeberfeindlichen Bestrebungen der reaktionären Clique bedurft hätte, so ist er in dieser Tatsache zur Evidenz erbracht.

Am Sonntag, dem 22. Dezember, wird der Volksentscheid über das Anebelungsgesetz für die überragende Mehrheit des deutschen Volkes vor sich gehen. Stahlhelmer und Nationalsozialisten, diese Kreuzung aus Annahmung und Dummheit, werden in trauem Verein mit reaktionären Unternehmern wieder alle Minen springen lassen, um ihre Ernte in die Scheunen zu bringen. Deutschnationale Arbeitgeber werden die Arbeitnehmer erneut unter den Druck der winterlichen Not setzen, um sie zur Unterstützung ihrer volksfeindlichen Bestrebungen und ihrer egoistischen Zwecke zu veranlassen oder besser zu mißbrauchen. Demgegenüber geben die Gewerkschaften die Parole aus:

Verweigert die Eintragungen!

Wer unter wirtschaftlichem Druck zur Teilnahme an der Abstimmung gezwungen wird, gibt zur Vermeidung einer Nachregelung einen ungültigen Stimmzettel ab, indem er die Worte „Ja“ und „Nein“ einfach durchstreicht.

Nieder mit dem Volksentscheid!

gliedern eine Invalidenunterstützung eingeführt beziehungsweise beschlossen haben und vier Verbände mit 635 254 Mitgliedern dem nächsten Verbandstage entsprechende Anträge unterbreiten werden, während nur vier Verbände mit 401 247 Mitgliedern der Einführung dieses Unterstützungszweiges vorläufig ablehnend gegenüberstehen. Ob diese „Gegnerschaft aus inneren Gründen“ auf die Dauer aufrecht erhalten werden kann, wird die Zukunft lehren. Jedenfalls hat die Einführung der Invalidenunterstützung bei der außerordentlich großen Verschiedenheit der Leistungen (zwischen 4 und 72 M monatlicher Unterstützung oder dem 8- bis 60fachen Wochenbeitrag), bei ebenso unterschiedlicher Beitragserhebung (Sonderwochenbeiträge von 5 bis zu 65 S) und Wartezeiten für die Bezugsberechtigung (zwischen 260 und 2080 Beitragswochen) es notwendig gemacht, für den Uebertritt von einem Verband zu einem andern neue Vereinbarungen wegen der Anrechnung der geleisteten Beiträge festzulegen.

Infolge der großen Verschiedenheiten blieb kein anderer Ausweg, als die Verbände durch Gegenseitigkeitsvertrag zur Anrechnung geleisteter Beiträge für übergetretene Mitglieder zu veranlassen, um später vielleicht zu einheitlichen Unterstützungseinrichtungen zu kommen. Die Kommission für Verwaltungsreform unterbreitete der Bundesauschussführung des AOB. am 26. November nachstehende Richtlinien, in die auch die Beschlüsse für Doppelorganisierte vom Jahre 1909 unter Nummer 8 hineingearbeitet sind, und die vom Bundesauschuss gegen wenige Stimmen angenommen wurden. Für Ueber tretende aus Verbänden, die dem AOB. angeschlossen sind, gelten danach von nun an folgende Bestimmungen:

1. Mitglieder, die auf Grund des § 9 der Satzung des AOB. bei Berufswechsel zu einem andern Verbände übertreten, erhalten die erworbene Mitgliedschaft angerechnet, wenn die Abmeldung durch den bisherigen Verband schriftlich bestätigt ist. Beitrittsgehalt wird nicht erhoben.

2. Für die Anrechnung der in den früheren Verbänden gezahlten Beiträge kommen nur die an die Hauptkasse geleisteten Wochen- (Voll-) Beiträge in Betracht. Der Hauptkassenbeitrag ist in der Regel aus der Doppelwertmarke zu ersehen. Soweit die Doppelwertmarke nicht benutzt wird, sind 25 % von der Wochenwertmarke als nicht unterstützungsberechtigte Lokalzuschläge abzuziehen und dieser errechnete Wert auf 10 S auf beziehungsweise abgerundet nach der vollen Zahl der geleisteten Wochenbeiträge in das neue Buch vorzutragen. Dieser Wert der geleisteten Wochenbeiträge kann umgerechnet werden, jedoch nur bis höchstens zur Gesamtdauer der Mitgliedschaft.

3. Beitragsfreie Marken, Ertragsbeiträge, Anerkennungsbeiträge bei Arbeitslosigkeit, fakultative oder Lokaltbeiträge bleiben bei der An- und Umrechnung unberücksichtigt.

4. Für die Unterstützungsberechtigung gelten die Satzungsbestimmungen der Einzelverbände mit der Maßgabe, daß die vom Bundesauschuss beschlossenen Richtlinien über Art und Umfang der Unterstützungen (siehe Jahrbücher des AOB. 1926/1927) Beachtung finden. Um übertretende Mitglieder vor Nachteilen zu bewahren, können die Einzelverbände in Gegenseitigkeits- oder Kartellverträgen Ausnahmen von vorstehender Regel zulassen.

5. Für den Bezug von Invalidenunterstützung wird die Zahl der nach Punkt 2 festgestellten Beiträge in voller

Höhe angerechnet, wenn das Mitglied aus einem Verbände mit gleichem Unterstützungszweig übertritt. Hat das übertretende Mitglied die zum Bezug der Invalidenunterstützung in der neuen Organisation festgesetzten Beiträge noch nicht voll geleistet, so kann es erst nach Leistung der restlichen Beiträge im neuen Verband Invalidenunterstützung erhalten. Durch Gegenseitigkeits- oder Kartellverträge können die Einzelverbände eine von dieser Regel abweichende Regelung vereinbaren. Ubertretende, die bereits früher dem gleichen Verbände mit Invalidenunterstützung angehört, zu dem der Rücktritt erfolgt, erhalten zumindest die Zahl der in diesem Verbände geleisteten Beiträge auf die sachungsmäßige Wartezeit angerechnet.

6. Rechtsschutz hat derjenige Verband zu bezahlen, in dem das betroffene Mitglied organisiert war, als die Ursache des Rechtsschutzes eintrat.

7. Invalide, kranke, arbeitslose oder an einer Arbeitseinstellung beteiligte Mitglieder sind vom Uebertritt ausgeschlossen. Mitglieder der Unionen, Werkvereine und gelben Verbände sind als Neueintretende zu behandeln. Im Zweifelsfall entscheidet über den Charakter solcher Organisationen und die Notwendigkeit einer Ausnahme der Verbandsvorschrift.

8. Die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen berechtigt nicht zum Doppelbezug von Unterstützungen. Dem Mitglied steht es frei, diejenige Organisation zu wählen, von der er Unterstützung in Anspruch nehmen will.

An Doppelorganisierte, die den für ihren Haupt- und Nebenberuf zuständigen Gewerkschaften angehören, werden Rechtsschutz und Unterstützungen bei Streiks und Maßregelungen nur von der Organisation gewährt, deren Interessen sie in dem fraglichen Falle vertreten.

Oppositionskongress oder Habersfeldtreiben?

Bei Anwesenheit vieler Hauptgrößen der Kommunistischen Partei und unter Beteiligung von 1117 Delegierten fand am 30. November und 1. Dezember der mit größtem Lärm vorbereitete Kongress der sogenannten „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ in Berlin statt. Nach dem Bericht der „Roten Fahne“ waren 842 gewerkschaftlich organisierte anwesend, von denen 739 Mitglieder freier Gewerkschaften gewesen sein sollen. Ueber die Zugehörigkeit der restlichen 83 Organisierten wird keine Mitteilung gemacht, sie entstammen demnach wohl gegnerischen Gewerkschaften und 275 waren unorganisiert. Ebenso summarisch wird über die politische Einstellung der Delegierten berichtet. Wir erfahren, daß 754 Kommunisten, 53 jugendliche Kommunisten, 3 Sozialdemokraten und 1 linker Kommunist vertreten waren. Den 275 gewerkschaftlich unorganisierten standen also 308 politisch differente gegenüber, die man zu der besonders umworbenen Gruppe der „sympathisierenden revolutionären Vorhut“ zählen muß. Nach den üblichen Begrüßungsansprüchen wurden Stalin, erster Diktator in Rußland, Lojowski, Höchstkommandierender der „roten Gewerkschaftsinternationale“ und General Blücher, in derselben Eigenschaft auf dem russisch-chinesischen Kriegsschauplatz tätig, zu Ehrenpräsidenten ernannt. Das Referat des derzeitigen Leiters der kommunistischen Gewerkschaftszentrale, Paul Merker, bewegte sich auf der Linie des Vernichtens der „sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie“ und gipfelte in dem Befehl zur Führung von Kämpfen unter der Leitung oppositioneller Kampfleitungen aus Organisierten und Unorganisierten. Den Gewerkschaften bleibt gnädigst die Finanzierung der Kämpfe vorbehalten.

Schon während des Referates hatten sich 75 Redner angemeldet; die Diskussion beschränkte sich auf Berichte aus den verschiedenen Orten. Einen Höhepunkt bildete — wir zitieren wörtlich die „Rote Fahne“ — die Mitteilung, „daß eine Delegation der Berliner Schupobeamten erschienen ist, die sich bereit erklärt, in voller Uniform dem Reichskongress ihre Begrüßung zu übermitteln. Genosse Merker teilt mit, daß man den Schupokameraden aus tatsächlichen Gründen erklärt habe, daß man ihr Begrüßungsschreiben verlesen werde und hoffe, daß sie ihre revolutionäre Tätigkeit unter der Berliner Schutzpolizei fortsetzen.“ (Das Begrüßungsschreiben wird von dem Kongress mit besonderem Beifall aufgenommen.) Weitere Erfolge waren der Einbeziehungsweise Uebertritt von Delegierten zur KPD. und der Clou der Tagung, die Sympathieerklärung einer Frau Weikert aus Zwickau, die vordem acht Jahre aktives Mitglied der Heilsarmee war. Mit der Annahme vorgelegter Resolutionen aus der Zentrale der KPD. und Festlegung der „neuen strategischen Linie für die nächsten Monate“, fand der Kongress sein Ende.

Er unterschied sich von den früher in ländlichen Kreisen Oberbayerns abgehaltenen Habersfeldtreiben dadurch, daß die letzteren immerhin einen ernsthaften Hintergrund hatten. Hier bleibt nach Abzug der theaterhaften Regie nur ein bitterer Nachgeschmack, wobei die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit die eingeworfenen Feinheitschreiben bezahlen muß. Die Veranstalter dürfen sich nicht beklagen, wenn man sie und die Mitwirkenden haßbar macht. Ein greifbarer Erfolg ist nicht zu verzeichnen.

Sozialpolitisches

Wie die Arbeiterbank wächst.

Es ist ein günstiges Zeichen für die von der Arbeiterschaft ins Leben gerufenen gemeinwirtschaftlichen Betriebe, daß die meisten von ihnen sich in einem ununterbrochenen Wachstum befinden. Das zeigt vor allem die Entwicklung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. Dieses Institut hat sich das Vertrauen des arbeitenden Volkes in weitestem Maße erworben. Wie

selbst in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit die Arbeiterbank zu wachsen vermochte, zeigen die Einlagen. Sie liegen von Januar bis Oktober von 117 auf 154 Millionen Mark. Das ist eine Entwicklung, die man bei der Gründung der Bank sicher nicht vorausgesehen hatte. Ein großer Teil der Mittel ist flüssig und sofort greifbar angelegt. Die Arbeiterbank hat Kredite in Höhe von 92 Millionen Mark gegeben. Der größte Posten, im ganzen rund 52 %, entfällt auf öffentlich-rechtliche Institutionen, wie Staaten, Provinzen, Kommunen und Sozialversicherungsinstitute. Die eigenen Betriebe der Arbeiterschaft erhielten Kredite, die 42,48 % ausmachen. Der gemeinnützige Wohnungsbau nimmt an dieser Kreditmasse mit rund zwei Drittel teil. An der Kreditgewährung der Arbeiterbank sieht jeder, wie das Geld verwandt wird. Es wird entweder an öffentlich-rechtliche Institutionen oder an gemeinnützige mit der Arbeiterschaft in Verbindung stehende Betriebe und Gesellschaften ausgegeben. Dies sollte jeden veranlassen, sein Geld der Arbeiterbank anzuvertrauen, sofern er nicht bereits bei den Konsumgenossenschaften ein Sparguthaben besitzt. Die ja mit der Arbeiterbank ebenfalls in enger Verbindung stehen.

Der deutsche Außenhandel weiter günstig.

Der deutsche Außenhandel für Oktober zeigt einen Aktiosaldo von 147 Millionen Mark. Einer Einfuhr im reinen Warenverkehr von 1,13 Milliarden Mark stand eine Ausfuhr von 1,26 Milliarden Mark gegenüber. Auf der Seite der Einfuhr zeigen alle Warengruppen eine Zunahme. Die Gruppe Rohstoffe und halbfertige Waren stieg um 53,5 Millionen Mark; an dieser Steigerung sind in erster Linie Textilrohstoffe beteiligt. Die Fertigwareneinfuhr stieg um 4,5 Millionen Mark. Die Zunahme der Ausfuhr ist in erster Linie eine Folge des um 43,7 Millionen Mark höheren Auslandsabjahres von Fertigwaren. Namentlich hat die Ausfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen, Eisenwaren, Maschinen, Leder, Röhren und Kinderspielzeug gegenüber dem Vormonat zugenommen. Im Oktober erreichte die Fertigwarenausfuhr die außerordentliche nie erreichte Höhe von 923 Millionen Mark. Im Vormonat betrug diese 879 Millionen Mark, im Monatsdurchschnitt 1928 708 Millionen Mark, 1927 629 Millionen Mark und im Jahre 1913 562 Millionen Mark. Es besteht also die außerordentlich wichtige Tatsache, daß die Fertigwarenausfuhr diejenige der Vorkriegszeit nicht nur erreicht, sondern wahrscheinlich übersteigen hat. Der Rückgang des Aktiosaldos von 166 Millionen auf 147 Millionen kann keineswegs als ungünstige Wendung bezeichnet werden. Sie ist lediglich eine Auswirkung der Saisonbewegung. Auch für die Zukunft ist eine günstige Entwicklung zu erhoffen. Die Zunahme der Ausfuhr und namentlich an Fertigwaren wird allerdings nicht mehr in demselben Tempo vor sich gehen, als das in der letzten Zeit erfreulicherweise der Fall war.

Arbeiterversicherung

Doch Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung?

Pressemeldungen zufolge hat der Reichsarbeitsminister die Initiative ergriffen, um der drohenden Notlage der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung durch eine Beitragserhöhung um 1 % entgegenzuwirken. Ohne daß bisher eine amtliche Bestätigung für die übrigens durchaus glaubhafte Maßnahme vorliegt, fühlen sich die Spitzenverbände der Unternehmer zu schärfster Stellungnahme dagegen veranlaßt. Schon geben sie durch Aufrufe bekannt, daß sie einen derartigen Plan zur Erreichung des gleichgewichtigen von Einnahmen und Ausgaben in der Reichsanstalt weder mit den tatsächlichen Verhältnissen der Anstalt, noch mit der gesamtwirtschaftlichen Lage für vereinbar halten. Sie verlangen unter Berücksichtigung „der gesamten finanziellen und wirtschaftlichen Lage die Aufstellung und beschleunigte Verabschiedung eines Reformprogrammes, das der ersten Gesamtfrage von Staat und Wirtschaft in verteilbarer Form Rechnung trägt, als dies durch das einseitige und primitive Mittel der Beitragserhöhung möglich ist.“ In allgemeinerständliches Deutsch übersetzt heißt das: Die im Oktober durchgeführte Versicherungsreform ist ungenügend, die Arbeitslosenunterstützung soll abgebaut, wenn möglich, ganz beseitigt werden. Hätte man einer Beitragserhöhung gleich zugestimmt, die wahrlich nur unter großen Opfern von der Arbeiterschaft aufgebracht werden kann, dann wäre die Grundlage der Reichsanstalt besser untermauert gewesen. Aber die ablehnenden Parteien jagen von vornherein von der Voraussetzung aus, daß mit den vorhandenen und laufend eingehenden Mitteln nicht auszukommen sein wird. Man hoffte in diesen Kreisen, daß Schaffung des Präzedenzfalles die Versicherungsfrage etwas aufzuräumen und dann mit den Abbaumaßnahmen endgültig zum Ziel zu kommen. Die Arbeiterschaft wird auf dem Vollen sein, um den neuen Angriffen auf die zur Lebensfrage gewordenen Arbeitslosenversicherung so wirksam entgegenzutreten, daß den Angreifern Hören und Sehen verweigert. Uns soll es nur recht sein, wenn diese Frage als Einleitung zur allgemeinen Finanzreform im Voraus geregelt wird.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Professor **Theodor Sommerfeld** †. In Berlin verstarb am 24. November im 69. Lebensjahre der bekannte Gewerbehygieniker Professor Dr. Theodor Sommerfeld. Seine Tatkraft und sein Wirken zur Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und im besonderen des Arbeiterbüros in der Reichsanstalt brachten den verdienten Forscher schon während der ersten Bestrebungen zur Arbeiterbewegung. Besonders hervorzuheben ist auf das Studium der Tuberkulose und der gewerblichen Hauptarbeiten „Die Schwindelkrankheit“, „Die Lungenentzündung und ihre Beziehungen zur Tuberkulose“ und in weitesten Kreisen bekanntgeworden. Der bekannte Kollege in Berlin wird er durch seine Tätigkeit in der „Vorbereitung im Malergewerbe“ in der Erinnerung lebendig sein. Das Arbeiterbü-

museum in Charlottenburg verdankt nicht zuletzt seiner unermüdbaren Tätigkeit die Entstehung. Wenn der Pioniere auf dem Gebiet der Gewerbehygiene gedacht wird, darf Theodor Sommerfelds Name nicht vergessen werden.

Vom Ausland

Amerika. Unser amerikanischer Bruderverband hielt im September in Denver (Colorado) seine Generalversammlung ab. Es wurden mehrere Änderungen an den Verbandssatzungen vorgenommen. Unter anderem wurde beschlossen, dass Mitglieder einer ausländischen Organisation mit mindestens fünfjähriger Mitgliedschaft bei der Aufnahme in den amerikanischen Verband die Hälfte der jeweiligen Aufnahmegebühr entrichten sollen. Das würde beispielsweise in Chicago 100 Dollar ausmachen. In vielen Ortsgruppen, wo die Aufnahmegebühren niedrig sind, dürfte keine nennenswerte Ermäßigung eintreten, in den großen Städten aber, wo sich die europäischen Kollegen gewöhnlich niederlassen, wird der Unterschied recht erheblich sein. Weiter beschäftigte man sich auch mit der Frage des Spritzverfahrens. Man überwies deren Prüfung und Erledigung zunächst dem Hauptvorstande. Im übrigen ist der Kongress harmonisch verlaufen. An Stelle des am 19. Dezember vorigen Jahres verstorbenen Präsidenten, Kollegen J. F. Hedrick, wurde der bisherige fünfte Vizepräsident, Kollege Lawrence P. Lindelof, gewählt, der vorher lange Jahre Kassierersekretär im Bezirksausschuss des Verbandes in Chicago gewesen ist; als Schatzmeister wurde Kollege Swick wiedergewählt.

Aus Newyork berichtet das „Mitteilungsblatt“ des Internationalen Sekretariats der Maler und verwandten Berufe, dass die Arbeitseinstellung im Monat August wegen der geforderten Lohnerhöhung von 12 auf 13,20 Dollar pro Tag durch gerichtlichen Einhaltsbefehl nach einläufiger Dauer abgebrochen werden musste. Nachher konnte aber trotzdem ein neuer Tarifvertrag mit dem Lohnsatz von 13,20 Dollar den Tag auf eine Dauer von drei Jahren (bis 1932) abgeschlossen werden.

Der Bericht fährt dann weiter fort: „Im übrigen brachte uns dieses Jahr keine günstige Situation. Zahlreiche Kollegen waren vier bis sechs und mehr Monate arbeitslos; teils bis weit in den Juli hinein. Dabei gibt es hier keine Arbeitslosenunterstützung, auch nicht vom Verband. Da schrumpfen dann die 12 Dollar pro Tag zusammen auf fünf bis sechs Dollar, und manchmal noch weniger im Jahresdurchschnitt. Und trotzdem wird die Lebenshaltung nicht billiger. Eine Drei-Zimmer-Wohnung kostet immer noch 30 bis 40 Dollar und mehr im Monat, und im gleichen Verhältnis stehen die übrigen Ausgaben. Deshalb ist es verwerflich, wenn durch gefärbte, unwahre Berichte die Arbeiter Europas nach Amerika gelockt werden. Denn erstens werden dadurch den andern Ländern künstlich die besten Kräfte entzogen, und zweitens verschlechtern die Zugewanderten nur ihre wirtschaftliche Lage zum Nutzen der heisigen Unternehmer; dazu kommt, dass es hier auch keine Kranken- und Invalidenunterstützung gibt. Bleivergiftung, Benzol- und Terpenolkrankheiten treten mindestens nicht weniger auf als überall. Nicht ohne Interesse dürfte es sein, dass wir jetzt hier, wie auch in einigen andern Ländern, vor dem Problem einer Leistungsnorm stehen.“

Fachliteratur

Aufklärungsarbeit im Sinne der Reichsunfallverhütungswoche 1929.

Seit einigen Jahren erscheint in ständig wachsender Millionenaufgabe der Unfallverhütungskalender, herausgegeben von der Unfallverhütungsbild-G. m. b. H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthener Straße 37. Die Verteilung der kleinen schmucken Heftchen, 64 Seiten stark, Taschenformat, geschieht im Interesse der Unfallverhütung durch die Berufsgenossenschaften beziehungsweise die ihnen angeschlossenen Betriebe an die Arbeiterschaft. Es wird deshalb Aufgabe der Betriebsräte und Betriebsobleute sein, die einzelnen Unternehmer zur Beschaffung und kostenlosen Verteilung dieser Unfallverhütungskalender zu veranlassen. Die Notwendigkeit systematischer Aufklärung ist bei den vielen Unglücksfällen in unserm Berufe ohne weiteres gegeben. Wie die Infektionskrankheiten und Volksseuchen fast vollständig ausgerottet werden konnten, Begriffe wie Infektion, Desinfektion, Krankheitsvorbeugung und Körperkultur populär wurden, daß sie absolute



Unfallverhütungsbild G.m.b.H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften Berlin W 9 Köthenerstr. 37

Selbstverständlichkeiten sind, so muß es auch die Unfallpropaganda fertig bringen, die erschreckend hohen Unfallzahlen herabzudrücken und alle Unfälle, die einzig und allein durch menschliche Schwächen und Unzulänglichkeiten, nicht durch unabwehrbare Katastrophen hervorgerufen sind, vollständig zum Verschwinden zu bringen. Dem Zwecke der Unfallverhütung und Gefahrenvermeidung durch Aufklärung dient der gehaltvolle, in anregendem Plauderton geschriebene und durch anschauliche Bilder lebendig gestaltete Unfallverhütungskalender. Er ist ein kleines Taschenbuch, das ein Preisanschreiben zur Erlangung eines wirklichen Unfallverhütungslakates enthält und unsere Kollegen zweifellos zum Nachdenken veranlassen wird. Sorgt dafür, daß jeder Kollege in den Besitz des Kalenders kommt!

Literarisches

Anna Siemsen: Menschen und Menschenkinder aus aller Welt. Uranta-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Mit 21 Abbildungen auf Kunstdruckpapier, 112 Seiten, in halbleinen 3 M. Ein Panorama von seltener Lebendigkeit und Anschaulichkeit, Bilder aus dem glücklichen Leben der Indianerkinder Südamerikas, die spielend in ihre Lebensaufgaben hineingewachsen, aber auch die erschütternde Lebensgeschichte, die ein Südfeldkind als Folge der Kolonisation durch die „Kulturbringer“ erleben muß, Bilder aus dem Leben arabischer und afrikanischer Hirten, rumänischer und österreichischer Bauernkinder, russischer Straßenkinder, Bilder aus dem Ghettos, aus dem Ghettos Familienleben und viel anderes Interessantes aus dem Leben von Menschen fremder Länder ziehen in diesem Buch der bekannten Schriftstellerin an uns vorüber. Das von Anfang bis zum Ende gleichmäßige lehrreiche und unterhaltende Buch steht im besten Sinne im Zeichen der Aufklärung und wirkt für den Gedanken der Gleichberechtigung aller Menschen. Das geschmackvoll gebundene Werk kommt gerade noch recht, um als Weihnachtsgabe bei jung und alt viel Freude zu erwecken.

Sozialdemokratischer Arbeiterkalender für das Jahr 1930. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Dieser vielseitig und lebendig gestaltete Kalender hat seit Jahren in den Arbeiterkreisen freudige Aufnahme gefunden, entspricht doch auch sein reichhaltiger geistiger Gehalt ganz der Weltanschauung des modernen, auch kulturell aufgeklärten Arbeiters. Das dokumentiert sich natürlich am stärksten in den zahlreichen Zitaten, die sozialistischen oder doch freiheitlichen Werten entnommen wurden, in den Versen der Arbeiterdichter und in den Sentenzen und Epigrammen freier Geister. Aber auch das statistische Material fesselt das Interesse; in keinem andern Werke finden sich diese kurzen, zuverlässigen Heberichten. Die historischen Daten, vor allem aus der Arbeiterbewegung, werden laufend ergänzt, gehen also bis in die neueste Zeit. Der Kupferstichdruck, in dem der Kalender hergestellt wird, ermöglicht vorzügliche Reproduktionen. Der Kalender kostet nur 2 M. Jeder Arbeiter sollte ihn kaufen, um täglich Anregung, Erleuchtung, Wissen daraus zu gewinnen.

Kinderlandkalender 1930. Herausgegeben von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, im Verlag Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Dieser prächtige, empfehlenswerte Kinderkalender bringt wieder eine Fülle heiterer und ernster Beiträge. Schon das Kalendartum sprudelt von fröhlicher Lebensfreude über und über die vielen andern Beiträge, die von Arbeiterkindern und ihren Freunden erzählt und berichtet werden. Farbige Bilder, Photographien aus den roten Kinderrepubliken und viele andere Streubilder illustrieren den Kalender ausgezeichnet. Von lustigen Wanderungen, von Weihnachtsfesten, vom Reichstag und von Kinderparlamenten, vom 1. Mai, vom Krieg und von wahren Heldentum, über die Erde und über die Sterne weiß der Kalender etwas zu berichten. Alles aber kann man nicht aufzählen, was Schönes im Kalender steht. Man wünscht nur, daß alle Arbeiterkinder diesen ihren Kalender, „Kinderland 1930“, zum Leben bekommen. Als Weihnachtsgeschenk wird er bestimmt Freude machen.

„Verbrüderung.“ Ausgewählte Dichtungen von Ernst Toller. Herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Walter G. Hoffmann. Erstes bis viertes Ländchen. 1929. Kartontext 2,90 M., halbleinen 1,50 M., halbleinen 3.- M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Diese Auswahl-Sammlung will den Arbeiter- und Jugendvereinstellungen geeignetes, leicht zugängliches Material bieten. Dieser Jubiläumspunkt — vom Herausgeber bewußt eingenommen — ermöglicht es erst, den Dichter Ernst Toller in den anteilnehmenden Kreis größerer Arbeiter- und Jugendmassen zu ziehen. Was er Feiner und Geistes, Glaube und Kampfbewußtsein, die aus diesem Wachsen stammen, in die Herzen und Hirne des ganzen Proletariats und seiner Jugend überströmen. Das Wachsen ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Emma Bohlski. Sozialdemokratie und Kommunalpolitik. Gemeindearbeit in Berlin. Großstadt, auf bestem Holztafel-Kapier gedruckt. Umfang 92 Seiten (4 Seiten Illustrationen). Kartontext 2 M., C. Paulsche Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30. Mit dieser Broschüre leitet die Verfasserin den Leser in die Mitte der Probleme der modernen Kommunalpolitik. Von den zwei Möglichkeiten — mit theoretische Betrachtung oder Beschreibung der bereits geleisteten und der noch zu leistenden Arbeit — wurde hier die zweite gewählt. Die Schrift ist der sozialistischen Arbeit in der Gemeinde Berlin gewidmet, dieser größten Gemeinde des Kontinents, die über vier Millionen Einwohner zählt und einen Milliarden-Etat verwalte. Es werden die Bedingungen der kommunalen Arbeit in Berlin charakterisiert. Jedes Problem wird vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus beleuchtet. Die Schrift muß jedem Kommunalpolitiker, Gemeinde-, Stadt- und Kreisabgeordneten interessieren.

„Handbuch für sozialistische Jugendarbeit.“ Zweite erweiterte und verbesserte Auflage (5. bis 7. Ländchen). Zusammengefasst von Max Weisbach. 248 Seiten, Kartontext 3,20 M., in Ganzleinen gebunden 4,30 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Wer sich über die vielfältige Tätigkeit, über die Ziele der sozialistischen Arbeiterjugend und der Roten-Räuten-Bewegung in der SAJG orientieren will, der benutze dieses Buch, dessen erste Auflage von 4000 Exemplaren nach knapp einem Jahr vergriffen ist. Alle Kapitel und auch das Literaturverzeichnis sind ergänzt und erweitert. Wir empfehlen die Anschaffung allen interessierten Kreisen, vornehmlich aber den Leitern unserer gewerkschaftlichen Jugendgruppen, wie es überhaupt in keiner Jugendbibliothek fehlen sollte. Das Buch ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Das Großstadtkind und wir andern. Von Karl Götzel. Verlag von Otto Hillmann, Leipzig 1929. Preis broschiert 3,60 M. Der Verfasser wendet sich auf Grund seiner Erfahrungen durch langjährigen Inhaftensaufenthalt und, wie uns scheint — durch lange Internierung in einem Gefangenenlager in England verbrüht — gegen die Existenz der politischen Parteien in Deutschland. Er glaubt, größere Erfolge durch eine wirtschaftspolitische Gewerkschaftspolitik zu erzielen, und überlistet dabei, daß eine Arbeitsteilung notwendig ist, sollen sich die Gewerkschaften nicht in ihrer Einigkeit zerspalten. Das Programm am Schluß des Buches hat einigen Reiz. Nur fehlt zur Verwirklichung die politische und wirtschaftliche Macht. Man kann Parteien und Gewerkschaften gründen, ihre Lebensfähigkeit zeigt sich erst im Kampfe, und der Kampfaberker unserer freigeberischen Arbeiterbewegung ist wahrhaftig stark genug.

Bereinstell

In letzter Zeit hat in mehreren Filialen des 4. Bezirks ein gewisser **Wladimir Jandera**, der ein Schweizer Mitgliedsbuch Nr. 94344 vorlegt, Reiseunterstützung erhalten, ohne im Besitz einer ordentlichen Reiselegitimation zu sein. Sollte der genannte Jandera in einer Filiale auftauchen, so ist ihm das Mitgliedsbuch abzunehmen und an die Hauptkasse einzuliefern.

Wir weisen die Filialverwaltungen nachdrücklichst darauf hin, daß Reiseunterstützung nur nach den Bestimmungen des § 26, Ziffer 70 der Verbandsfassung, gezahlt werden darf. Der Verbandsvorstand.

Vom 9. Dez. bis 15. Dez. ist die 50. Beitragswoche
Vom 16. Dez. bis 22. Dez. ist die 51. Beitragswoche

Fernunterricht über Malerbuchführung, Kalkulation, Vorbereitung auf die Meisterprüfung, Ausbildung zum Geschäftsführer. Ohne Berufsprüfung. **Franz Wenzel**, Raunhof b. Leipzig.